

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	38. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	23. Mai 2017, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Resolution des Gemeinderates für Toleranz und Vielfalt

Vorlage: 2017/0306

dazu:

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2017/0361

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt anlässlich der geplanten Demonstration Rechtsradikaler aus ganz Deutschland am 3. Juni 2017 in Karlsruhe-Durlach die „Resolution für Toleranz und Vielfalt“. Die Resolution schließt an die Resolution des Gemeinderats anlässlich des 60jährigen Bestehens der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ aus dem Jahr 2008 sowie an seine Resolutionen „Für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander - gegen Rechtsextremismus“ aus dem Jahr 2013 und „Karlsruhe – Stadt der Vielfalt“ aus dem Jahr 2015 an.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 44 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Änderungsantrag: Bei 42 Nein-Stimmen und 3 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf:

Anlass ist einmal wieder, dass wir einen Aufmarsch von neonazistischen Gruppen, dieses Mal beantrag von der Partei Die Rechte, am 3. Juni in Karlsruhe erleben werden. Das ist ein Veranstaltungsformat, das einmal im Jahr irgendwo in der Bundesrepublik stattfindet und das seit vielen Jahren. Dieses Jahr ist Karlsruhe-Durlach als Veranstaltungsort ausgewählt worden.

Die Tradition einer Resolution des Gemeinderates für Toleranz und Vielfalt ergibt sich aus einer Selbstverpflichtung der Stadt aus dem Jahr 2008 zum 60jährigen Bestehen der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die dann 2013 und 2015 jeweils erneuert wurde, d. h. wir reagieren auf diese Veranstaltung nicht einmalig und exemplarisch, sondern wir nutzen diese Gelegenheit - wo es uns lieber wäre, es gebe sie nicht - und erneuern noch einmal diese gemeinsame Resolution, dass uns eine offene Gesellschaft,

dass uns Demokratie und Menschenrechte, dass uns aber auch Gewaltfreiheit außerordentlich wichtige Rahmensetzungen des Zusammenlebens und des politischen und gesellschaftlichen Lebens in dieser Stadt sind.

Wir laden als Stadt, und ich in diesem Fall als Oberbürgermeister, ausdrücklich zur Gegenkundgebung am 3. Juni zusammen mit vielen anderen ein. Wir stehen in einem Bündnis mit vielen anderen demokratischen Akteurinnen und Akteuren aus der Stadt, die sich im Netzwerk gegen Rechts, in diesem Fall aber darüber hinaus auch in einem weitergehenden Aktionsbündnis zusammengefunden haben und unterstreichen damit noch einmal den engen gesellschaftlichen Zusammenhalt über kirchliche Gruppen, politische Gruppen, kulturelle Gruppen, bürgerschaftliche Gruppen, soziale Gruppen, Junggruppen, die sich eher aus Jugendlichen zusammensetzen, Gruppen, die die älteren Semester abbilden – eigentlich durch die ganze Stadt hindurch. Ich möchte mich an der Stelle gerne schon bei allen bedanken, die sich zum Teil mit großem Zeiteinsatz bei dieser Aktionskonferenz, in welcher Funktion auch immer, engagieren, und hier auch ein ganz gutes Programm an kulturpolitischen Statements und auch gesellschaftspolischem Engagement im Rahmen der Gegenkundgebung zusammengebracht haben. Auch haben alle diese Gruppen vereinbart, den CSD in diesem Jahr noch einmal besonders zu unterstützen und auch in den Fokus zu nehmen. Denn das ist natürlich ein zweites ganz starkes Signal für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft.

In der Beschlussvorlage, die wir heute verändert aufgelegt haben, haben Sie festgestellt, dass wir diesen Begriff des Extremismus herausgenommen und durch „Gewaltbereitschaft“ ersetzt haben. Das erscheint uns auch deswegen wichtig, weil wir natürlich auf der einen Seite diese Provokation der Rechten haben, diesen so genannten Tag der deutschen Zukunft in Karlsruhe zu veranstalten, und auf der anderen Seite uns aber auch ganz klar zu Gewaltlosigkeit bekennen. Diese Forderung nach Gewaltlosigkeit ist dann an alle gerichtet, die in unsere Stadt kommen, um sich an diesem Tag in Karlsruhe aufzuhalten und damit in alle Richtungen gerichtet. Denn wir wissen, dass es durchaus auch reisende gewaltbereite Gruppen gibt, die unter der Fahne des Antifaschismus auf Krawall gebürstet sind. Das klare Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit bezieht sich dann auf alle Beteiligten in dieser Situation.

Wir haben einen Weg gefunden, auch im Ältestenrat, um einigen Vorschlägen, die aus den Reihen des Gemeinderats kamen, in einer sehr konsensualen Weise gerecht zu werden. Jetzt ist noch kurzfristig der Änderungsantrag der beiden AfD-Stadträte eingegangen, die begehren, dass der Begriff „rechtspopulistisch“ entfallen sollte. Wir hatten das gestern im Ältestenrat besprochen. Es war gestern, so wie ich es empfunden habe, übereinstimmend die Einschätzung, dass wir dieses „rechtspopulistisch“ in der Resolution drin stehen lassen sollten. Ich kenne keinen Rechtspopulismus, der sich nicht über die Begründung erklärt, dass man versucht, bestimmte Gruppen in der Gesellschaft gegen andere Gruppen abzugrenzen. Das ist für uns kein legitimes politisches Mittel, um für Demokratie und Vielfalt eintreten zu wollen, sondern in der Konsequenz ist es dann nicht förderlich für Vielfalt und Toleranz. Von daher ist es absolut sinnvoll, nicht nur aus der historischen Erfahrung, sondern auch aus den aktuellen Diskussionen, hier eine klare Grenze gegen Rechtspopulismus zu ziehen. Ich kann Sie von daher nur auffordern, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Das als Einführung in diese Thematik. Es gibt eine Tradition im Karlsruher Gemeinderat, dass man Resolutionen möglichst vorab so abstimmt, dass wir am Ende keine große Debatte dazu führen, sondern in einem starken Signal des Gemeinderats die Resolution verabschieden. Ich möchte nur an diese Tradition erinnern. Jetzt steigen wir in die Debatte ein.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich will klar sagen, wir begrüßen außerordentlich, dass sich die Stadt ganz klar und eindeutig gegen den so genannten Tag der deutschen Zukunft positioniert. Auch wir, die AfD Karlsruhe, haben uns bereits öffentlich ganz klar und deutlich gegen diese Veranstaltung ausgesprochen. Bei dieser Veranstaltung handelt es sich um eine Veranstaltung von Extremisten, in diesem Fall von Rechtsextremisten. Die Definition von Extremisten ist eindeutig und klar. Extremisten wollen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen. Deshalb treten wir als AfD jeglicher Art von Extremismus, egal ob rechts, links oder islamistisch oder sonst wie motiviert, entgegen. Die Erfahrungen der Weimarer Republik mahnen uns, dass wir eine wehrhafte Demokratie gegen jede Art von Extremismus brauchen. Ganz besonders wichtig ist daher auch das Engagement als Stadt gegen Extremismus.

Wir unterstützen auch die Resolution gegen den so genannten Tag der deutschen Zukunft. Wir hatten allerdings bereits im Vorfeld letzte Woche die Streichung des Wortes „rechtspopulistisch“ vorgeschlagen, da es in einer Resolution gegen Extremismus nichts verloren hat. Umso mehr überrascht waren wir dann schon, dass stattdessen auf Betreiben der GRÜNEN und der Linken das klare Bekenntnis in der Resolution gegen so wörtlich Extremismus jeder Form ausdrücklich herausgenommen wurde, d. h. es wird wieder einmal zwischen so genannten bösen und guten Extremisten, zwischen bösen Rechtsextremisten und guten Linksextremisten unterschieden. Noch einmal zur Erinnerung: Extremisten jedweder Couleur wollen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen. Deshalb müsste es auch dem übrigen Gemeinderat wichtig sein, dass der Satz in der Resolution lautet: Außerdem organisiert in den letzten Jahren die gemeinsam von der Stadt sowie von ihren Bürgerinnen und Bürgern getragene Aktion „Karlsruhe zeigt Flagge“ mehrmals Veranstaltungen anlässlich rechtsextremer Aktivitäten in Karlsruhe.

Ich muss Ihnen ganz klar sagen, mir ist es völlig egal, welche Motive Extremisten haben. Jedem, der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, egal aus welchem Grund, abschaffen will, müssen wir uns entschieden mit allen demokratischen Mitteln entgegenstellen. Deswegen können wir es auch nicht verstehen, dass hier das Wort „Extremisten“ gestrichen wurde, auf der anderen Seite das Wort „Rechtspopulisten“ drin bleiben soll. In der Resolution wird von Veranstaltungen gegen rechtspopulistische Aktivitäten gesprochen. Da muss man sich schon fragen, welche sollen denn das gewesen sein in den letzten Jahren?

Da uns unsere politischen Gegner häufig als Rechtspopulisten verunglimpfen, schließt diese Forderung implizit – Sie haben das auch schon fast so zum Ausdruck gebracht – uns, die AfD, mit ein. Vor allem betrifft es auch unsere Veranstaltungen, wie beispielsweise Farbanschläge auf den K. oder den Schalander anlässlich unserer dort veranstalteten Themenabenden oder den Schuss auf einen Plakatierer in Neureut. Dies alles waren strafbare Handlungen, mit denen wir uns als Stadt sicher nicht solidarisieren wollen.

Deshalb haben wir die Streichung dieses Wortes beantragt und fordern einen Schulterchluss aller Demokraten gegen jede und nicht nur gegen bestimmte Formen von Extremismus.

Der Vorsitzende: Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass in dieser Resolution an keiner Stelle irgendwelche Schüsse oder Anschläge auf irgendwelche Veranstaltungen oder Plakatierer gebilligt werden, sondern dass wir lediglich feststellen, dass es auch bisher schon zu Veranstaltungen gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Aktivitäten gekommen ist. Wir bekennen uns gleichzeitig zur Gewaltlosigkeit. Deswegen ist es auch erkennbar, dass wir sicherlich nicht diese Aktion meinen.

Herr Stadtrat Bernhard, wenn Sie selber sagen, dass Sie sich durch den Vorwurf des Rechtspopulismus verunglimpft sehen, dann bedeutet das, dass Sie sich selbst nicht als Rechtspopulist bezeichnen. Insofern kann ich auch nicht nachvollziehen, warum Sie an dieser Stelle ein persönliches Problem damit hätten, sich von den wirklichen Rechtspopulisten abgrenzen zu wollen durch eine solche Resolution.

Stadtrat Schmitt (pl): Ich finde es gut, dass der Gemeinderat ein starkes Signal gegenüber diesen Demonstranten aussendet. Aber ich bin der Meinung, dass die Umgangsweise mit dieser Thematik auch eine andere Seite der Medaille hat. Da wir über Toleranz und Vielfalt reden, sollten diese Ausführungen auch erlaubt sein.

Die Leute, die am 3. Juni in Durlach demonstrieren, sind Feinde unseres Staates. Sie wollen einen anderen Staat, einen Staat, in dem niemand von uns leben möchte. Ein Staat, wie wir ihn schon einmal hatten. Das war der Staat, der in nur 12 Jahren so viel Unheil über Deutschland und die Welt gebracht hat, wie das vorher und nachher nicht der Fall war. So etwas wollen wir nie wieder.

Welches Ziel hat nun diese Demonstration? Mit dieser Demonstration wollen die Rechtsradikalen provozieren. Das zeigt allein schon der anmaßende Slogan „Tag der deutschen Zukunft“. Sie wollen vor allen Dingen eines, nämlich Aufmerksamkeit. Aufmerksamkeit, um damit neue Anhänger zu gewinnen. Zum Provozieren gehören aber zwei; der Provokateur und der, der sich provozieren lässt. Das unmittelbare Aufeinandertreffen der beiden Parteien schafft dann die Aufmerksamkeit, die sich die Provokateure wünschen. Im Beschlussantrag ist zu lesen, dass es sich voraussichtlich um mehrere Hundert bis zu Tausend Teilnehmern aus ganz Deutschland handelt. Und weiter: Mit dieser Großveranstaltung erreichen die Propaganda-Aktivitäten von Rechtsextremen in Karlsruhe einen neuen Höhepunkt. – Zitat Ende. Über den zweiten Satz werden sich diese Leute sicher ganz besonders freuen. Das Treffen von ein paar Hundert Wirrköpfen wird hier zur Großveranstaltung und diese Truppe damit viel größer gemacht, als sie tatsächlich ist.

Wenn bei einer Demonstration, zu der Teilnehmer aus ganz Deutschland anreisen, nicht mehr als ein paar Hundert Leute zusammenkommen, dann ist das keine Großveranstaltung, sondern allenfalls ein Desaster für den Veranstalter. Warum dann diese Hysterie in der Stadt? Warum dieser Aktionismus? Ist die Demokratie in Gefahr? Doch ganz sicher nicht. Wer das wirklich glaubt, hat ein Vertrauensdefizit gegenüber dieser Demokratie und sollte sich einmal Gedanken darüber machen, warum das so ist. Denn diese paar

Hansel, die am 3. Juni in Durlach aufziehen, bewirken gar nichts, null Komma null. Kein Mensch würde sich für sie interessieren, wenn nicht solche Resolutionen wie diese oder ein Vielfaches an Gegendemonstranten die Aufmerksamkeit auf sie lenken würden. Aber genau das ist es, was diese Leute wollen. Das werden sie am 3. Juni in Durlach nun leider auch bekommen. Deshalb werden sie auch wiederkommen. Man tut ihnen den Gefallen, ihnen die Aufmerksamkeit zu schenken, die sie sich wünschen. Damit steigert man ihre Bedeutung und wertet sie auf. Das heißt, man erreicht das genaue Gegenteil von dem, was man möchte. Man stelle sich das andere Szenario vor. Auf der Demonstrationsroute sind alle Geschäfte geschlossen. Die Durlacher bleiben zuhause, bis der Spuk vorbei ist. Rechts und links neben den Demonstranten marschieren gut gerüstete Polizeikräfte. Kein einziges Fernsehteam ist zu sehen, keine Reporter, keine Kameras, nur Polizeikameras. Die einzige Meldung in den Nachrichten: In Durlach bei Karlsruhe haben heute ein paar Hundert Rechtsextreme demonstriert. Ende, das war's. Damit hätte diese Veranstaltung ihr Ziel vollkommen verfehlt. Das wäre für diese Leute die absolute Frustration. Die würden nie wieder nach Karlsruhe kommen. Wer nun einwendet, damit würde man den Rechtsradikalen die Straße überlassen, dem sagen ich: Die Straße gehört nicht den Rechtsradikalen. Die Straße gehört den Polizisten, die die Rechtsradikalen in Schach halten.

Was also soll nun diese Resolution? Wer ist die Zielgruppe? Etwa diese Demonstranten? Die interessiert es nicht, was wir hier beschließen. Wenn die Karlsruher oder der Rest Deutschlands die Zielgruppe sind, werden sich vermutlich viele fragen, warum sich der Gemeinderat in Karlsruhe mit einer Resolution von demonstrierenden Rechtsradikalen distanziert. Denn es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, dass die Mitglieder dieses Gemeinderates mit solchen Leuten nichts gemein haben. Offensichtlich ist es aber für bestimmte Kreise in Karlsruhe und auch für einige Mitglieder dieses Gemeinderates keine Selbstverständlichkeit, dass sich Karlsruhe – ich zitiere wieder aus der Resolution - gegen Extremismus bzw. Gewaltbereitschaft in jeglicher Form positioniert, also auch gegen den Extremismus von links.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt keinen guten oder schlechten Extremismus. Jegliche Form von Extremismus und Gewaltbereitschaft ist abzulehnen. Deswegen freue ich mich auch darüber, dass dieser Passus in der Resolution bleibt. Ich werde auch dafür stimmen.

Der Vorsitzende: Es haben sich hier ganz viele gesellschaftliche Gruppen in vielen Vorbereitungsrunden zu diesem Vorgehen entschieden. Es hätte allen Mitgliedern des Hauses frei gestanden – viele haben die Möglichkeit auch genutzt – an diesen Aktionstreffen teilzunehmen und ihre strategischen Überlegungen zu äußern. Zu diesem Zeitpunkt jetzt dieses wirklich breite gesellschaftliche Engagement besserwisserisch in Frage zu stellen, halte ich für etwas anmaßend.

Ich werde in zukünftigen Fällen den Gemeinderat vorher darum bitten, dass wir, wenn wir so eine Resolution aufrufen, überlegen, ob wir überhaupt eine Debatte zulassen. Das können wir per Mehrheit gestalten, damit das dann nicht genutzt wird, um hier einzelnen Profilierungen Raum zu geben. Das ist des Themas und auch dieser Situation nicht angemessen.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der AfD-Kollegen auf, den Begriff „rechtspopulistisch“ zu streichen, und bitte jetzt um das Votum. – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Beschlussvorlage der Verwaltung in der ursprünglichen neuen Form, so wie sie Ihnen heute auf dem Tisch liegt. – Das ist ein einstimmiges Signal, je nachdem, wie man Enthaltungen zählt. Vielen Dank für dieses starke Votum. Wir können uns damit auch guten Gewissens zu den Veranstaltungen am 3. Juni positioniert sehen und werden dann vor Ort auf diese Resolution hinweisen und in Ihrem Sinne und Ihrem Geist dort das Wort ergreifen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
30. Mai 2017